

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Friedrich Wiedemann, Dresden.
Verantwortl. Redakteur: Dr. H. W. Wiedemann.
Verlagsnummer: 28 241.
Kurs für Reichspost: 20 O. 11.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. August 1925 bei Hgl. zentraler Zustellung im Aus 1,50 Mark. Postgebühren für Ausland 5 Mark. Einzelnummer 16 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Gebühren berechnet: Die ersten 10 Zeilen für 20 Pf., die übrigen 10 Pf. Familienanzeigen und Erlaubnisse über 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamenspalte 150 Pf., außerhalb 200 Pf. Offertengebühr 10 Pf. Ausw. Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Schiffvermittlung und Kontogeldstellen:
Markstraße 36/40.
Druck v. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Verlags-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht publiziert.

Feurich Ersten Ranges **JULIUS FEURICH** Ersten Ranges **Feurich** Ersten Ranges
 Flügel Pianohandlung G. m. b. H. Pianos
 Verkaufsort: Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Bock)

Das Ringen um den Finanzausgleich.

Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen in Madrid. — Die Klippe der Weistbegünstigung. Die Abgeordneten Abd el Krims von Primo de Rivera empfangen. — Das Zentrum verlagert den Fall Guerard auf den Herbst.

Der Kompromissantrag der Regierungsparteien in zweiter Lesung angenommen.

Berlin, 5. Aug. Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte Finanzminister Dr. Meißner aus: Eine andere Folge würde die sein, daß die bisherige liberale Praxis der Steuerkündigung aufhören müßte. Dazu kommt noch, daß die gesamte Steuerlast für Reich, Länder und Gemeinden ganz wesentlich erhöht werden muß, wenn sie getragen werden soll. Wir sind aber der Überzeugung, daß es wirtschaftlich die allerbeste Lösung ist, gegenwärtig bei Ländern und Gemeinden die Steuereinnahmen zu kürzen. Da muß man eben doch erst einmal an die Reserve herangehen, die namentlich noch in der Branntweinbesteuerung schlummert. Wenn immer die Länder aufgefodert werden, zu sparen, so müßte ich betonen, daß ich dem Reichstagsausschuß angeboten habe, den sächsischen Etat zu prüfen und auch die Etats der Gemeinden einer Durchsicht zu unterziehen. Leider hat der Reichstagsausschuß von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht. Es ist Tatsache, daß in einzelnen Gemeinden große Ueberschüsse vorhanden sind, was auf den ganz ungerechten Steuerverteilungsmodus von 1922 zurückzuführen ist. Die Schritte der Reduktion sind aber, daß andere Gemeinden in Sachsen, vor allem die sächsischen Industrie- und Arbeiterstädte, schon jetzt in einer solchen Finanznot sind, daß sie ihren Etat überhaupt nicht mehr balancieren können.

Die Entwicklung der Gemeindeausgaben.

Son Syndikus Karl Tögel, Cosmannsdorf. Der Meinungsstreit, wer zuerst mit Sparen anfangen müsse, hat auch vor einer Kritik der gemeindlichen Ausgabenwirtschaft nicht halt gemacht. Darüber, daß gespart werden müsse, sind sich alle klar, nur keiner will bei sich selbst anfangen. Mit besonderer Energie wird seitens der Gemeinden verlangt, daß der Strom der Zuweisungen seitens des Reiches keineswegs abgeschwächt werden dürfe, bzw. daß dann den Gemeinden das selbständige Zuschlagsrecht gewährt werden müsse. Ich bin ein Gegner des Zuschlagsrechtes, das ich allerdings an sich als das wichtigste und wertvollste Mittel einer gemeindlichen Selbstverwaltung erachte, deswegen, weil ich auf Grund vielfältiger Erfahrung der Uebersagung bin, daß heute noch nicht der Geist in unseren Gemeinden eingezogen ist, der diese Verantwortung unter allen Umständen in der Richtung hin beizugehen, daß er den größten Ruhm in einer Verminderung der Ausgaben und in größtmöglicher Sparsamkeit erblickt. Ich glaube vielmehr, daß die Erinnerung an die großen Zahlen noch weiterhin tätig sein wird und die Selbständigkeit eine Gefährdung des Wirtschaftslebens bringen kann. Wir haben eben noch nicht alle Nachwirkungen der Inflation überwunden. Bezeichnend ist ja auch, daß von den Vertretern der Gemeinden und Städte im sächsischen Landtage alle, ohne Ausnahme, noch mehr Mittel verlangen haben, kein einziger aber von Sparsamkeit geredet hat. Und das ist ein Weg, der nicht weiter beschritten werden kann. Die nachfolgenden Beispiele mögen zeigen, wie weit wir bereits gespart haben.

Das ungewisse Schicksal des Finanzausgleichs.

Berlin, 5. Aug. In parlamentarischen Kreisen verlautete heute, daß man trotz aller Widerstände das Kompromiß in zweiter Lesung wohl durchbringen werde. Das schließt aber nicht aus, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Länder neue Verhandlungen oder ein neues Kompromiß stattfinden. Diese Verhandlungen müßten sich nach den Wünschen der Länder an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer nach oben hin nicht auf eine bestimmte Summe begrenzt bleibt, dagegen nach unten höher, als bis jetzt beabsichtigt ist, garantiert wird. Die Differenzen zwischen den Wünschen der Länder und dem Angebot des Reiches belaufen sich, abgesehen von der Garantiefrage, tatsächlich nur noch auf fünf Prozent der Umsatzsteuer vom 1. April 1926 bis zum 1. April 1927. Die Schwierigkeit, über diese Differenz sich zu einigen, ist dadurch gegeben, daß nach Auffassung der Länder der jetzt in zweiter Lesung beschlossene Umsatzsteuerfuß von 1,25 Prozent in der dritten Lesung nicht bestehen bleibt, sondern auf 1 Prozent ermäßigt wird. Würde die Reichsregierung diese Konzession noch machen, so würde eine Garantiefumme für die Umsatzsteuer die Reichsregierung noch stärker belasten. Andererseits würden die Länder bei Aufhebung der Garantie wahrscheinlich geringere Einnahmen erzielen. Die Reichsregierung scheint in ihrer Weisheit zur weiteren Verhandlung bereit zu sein.

Die Gewerblichen gegen die Zollvorlage.

Berlin, 5. Aug. Die freigewerkschaftlichen und die Christlich-Sozialen Gewerkschaften, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Arbeiterbund und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, haben an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt:

Durch die Einführung von Zöllen auf Lebens- und Futtermittel würde eine unerträgliche Verteuerung der Lebenshaltung eintreten. Schwere Kämpfe und eine unheilvolle Erschütterung des Wirtschaftslebens müßten die unausbleibliche Folge einer Durchführung der Zollvorlage sein. Die Gewerblichen sind der Ansicht, daß alles versucht werden muß, um noch in letzter Stunde den zu erwartenden Erschütterungen des Wirtschaftslebens vorzubeugen. (W. L. B.)

Der Fall Guerard auf den Herbst verlagert.

Berlin, 5. Aug. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Zentrumskreisen berichtet, hat sich die Leitung der Zentrumsfraktion in der Frage der Befreiung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete durch den Abgeordneten v. Guerard dahin ausgesprochen, daß der Eintritt eines weiteren Zentrumsvorgängers in das Reichskabinett inopportun wäre. Die Angelegenheit sei damit zunächst auf den Herbst verlagert. (W. L. B.)

Die deutsche Demokratie und Hindenburgs Präsidentschaft.

London, 5. August. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ schreibt aus Cambridge: Die glänzende Rede, die niemals auf einer der liberalen Sommerferien gehört worden ist, hat gestern Professor Bonn gehalten, als er über die Geschichte der deutschen Demokratie gesprochen hat. Bonn hat u. a. gesagt: Der Liberalismus ist ein natürlicher Protest gegen die geistige, militärische und wirtschaftliche Unterdrückung. Er trat mit vollem Ernst für ein Zusammenwirken der Liberalen aller Länder ein.

Der Kompromissantrag der Regierungsparteien in zweiter Lesung angenommen.

Berlin, 5. Aug. Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte Finanzminister Dr. Meißner aus: Eine andere Folge würde die sein, daß die bisherige liberale Praxis der Steuerkündigung aufhören müßte. Dazu kommt noch, daß die gesamte Steuerlast für Reich, Länder und Gemeinden ganz wesentlich erhöht werden muß, wenn sie getragen werden soll. Wir sind aber der Überzeugung, daß es wirtschaftlich die allerbeste Lösung ist, gegenwärtig bei Ländern und Gemeinden die Steuereinnahmen zu kürzen. Da muß man eben doch erst einmal an die Reserve herangehen, die namentlich noch in der Branntweinbesteuerung schlummert. Wenn immer die Länder aufgefodert werden, zu sparen, so müßte ich betonen, daß ich dem Reichstagsausschuß angeboten habe, den sächsischen Etat zu prüfen und auch die Etats der Gemeinden einer Durchsicht zu unterziehen. Leider hat der Reichstagsausschuß von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht. Es ist Tatsache, daß in einzelnen Gemeinden große Ueberschüsse vorhanden sind, was auf den ganz ungerechten Steuerverteilungsmodus von 1922 zurückzuführen ist. Die Schritte der Reduktion sind aber, daß andere Gemeinden in Sachsen, vor allem die sächsischen Industrie- und Arbeiterstädte, schon jetzt in einer solchen Finanznot sind, daß sie ihren Etat überhaupt nicht mehr balancieren können.

Der Fall Guerard auf den Herbst verlagert.

Berlin, 5. Aug. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Zentrumskreisen berichtet, hat sich die Leitung der Zentrumsfraktion in der Frage der Befreiung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete durch den Abgeordneten v. Guerard dahin ausgesprochen, daß der Eintritt eines weiteren Zentrumsvorgängers in das Reichskabinett inopportun wäre. Die Angelegenheit sei damit zunächst auf den Herbst verlagert. (W. L. B.)

Die deutsche Demokratie und Hindenburgs Präsidentschaft.

London, 5. August. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ schreibt aus Cambridge: Die glänzende Rede, die niemals auf einer der liberalen Sommerferien gehört worden ist, hat gestern Professor Bonn gehalten, als er über die Geschichte der deutschen Demokratie gesprochen hat. Bonn hat u. a. gesagt: Der Liberalismus ist ein natürlicher Protest gegen die geistige, militärische und wirtschaftliche Unterdrückung. Er trat mit vollem Ernst für ein Zusammenwirken der Liberalen aller Länder ein.

Der Fall Guerard auf den Herbst verlagert.

Berlin, 5. Aug. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Zentrumskreisen berichtet, hat sich die Leitung der Zentrumsfraktion in der Frage der Befreiung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete durch den Abgeordneten v. Guerard dahin ausgesprochen, daß der Eintritt eines weiteren Zentrumsvorgängers in das Reichskabinett inopportun wäre. Die Angelegenheit sei damit zunächst auf den Herbst verlagert. (W. L. B.)

Die deutsche Demokratie und Hindenburgs Präsidentschaft.

London, 5. August. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ schreibt aus Cambridge: Die glänzende Rede, die niemals auf einer der liberalen Sommerferien gehört worden ist, hat gestern Professor Bonn gehalten, als er über die Geschichte der deutschen Demokratie gesprochen hat. Bonn hat u. a. gesagt: Der Liberalismus ist ein natürlicher Protest gegen die geistige, militärische und wirtschaftliche Unterdrückung. Er trat mit vollem Ernst für ein Zusammenwirken der Liberalen aller Länder ein.

Gemeinde	Einwohnerzahl:		Hauszahl:	
	1913	1924	1913	1924
Gemeinde A	18 722	17 224	460 210	460 210
Gemeinde B	17 400	17 400	307 800	307 800
Gemeinde C	2 020	2 020	84 284,95	84 284,95
Gemeinde D	2 500	2 500	279 102,08	279 102,08
Gemeinde E	2 501	2 501	358 311,-	358 311,-
Gemeinde F	818	818	708 708,-	708 708,-
Gemeinde G	1 058	1 058	16 192,30	16 192,30
Gemeinde H	1 113	1 113	41 337,-	41 337,-
Gemeinde I	1 000	1 000	48 736,-	48 736,-
Gemeinde J	1 400	1 400	191,00	191,00
Gemeinde K	723	723	7 093,-	7 093,-
Gemeinde L	786	786	12 597,90	12 597,90
Gemeinde M	778	778	15 500,-	15 500,-
Gemeinde N	78	78	248,-	248,-
Gemeinde O	66	66	2 320,-	2 320,-
Gemeinde P	2 376	2 376	30 400,-	30 400,-
Gemeinde Q	3 710	3 710	100 594,-	100 594,-
Gemeinde R	4 128	4 128	119 584,00	119 584,00
Gemeinde S	11 500	11 500	739 821,-	739 821,-
Gemeinde T	13 000	13 000	824 758,-	824 758,-
Gemeinde U	12 500	12 500	1 278 000,-	1 278 000,-